# Pressemitteilung

24. November 2026


Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Tel. +49 30 18 681-22222
presse@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Glinkastraße 24
10117 Berlin

Tel. +49 30 18 555-1061/-1062
presse@bmbfsfj.bund.de
www.bmbfsfj.bund.de

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37
10115 Berlin

Tel. +49 30 18 580-9090
presse@bmjv.bund.de
www.bmjv.de

Bundeskriminalamt
Marie-Curie-Straße 1
65189 Wiesbaden

Tel. +49 611 55-13083
pressestelle@bka.bund.de
www.bka.de

## Gewalt gegen Frauen und Mädchen nimmt weiter zu

### Erstmals Anstieg in sämtlichen Deliktsbereichen, neues Allzeithoch bei häuslicher Gewalt

Die Zahl weiblicher Opfer von Gewalt ist im Jahr 2025 erneut gestiegen. Auch Minderjährige sind in erheblichem Ausmaß betroffen. Die aktuellen Bundeslagebilder „Häusliche Gewalt“ und „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ zeigen für das Jahr 2025 erstmals Anstiege in sämtlichen Deliktsbereichen – und das, obwohl der allgemeine Trend bei Gewaltkriminalität rückläufig ist.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt:
*„Häusliche Gewalt und Straftaten gegen Frauen verlangen eine klare Antwort des Rechtsstaats. Die aktuellen Lagebilder machen deutlich: Wir müssen Betroffene besser schützen, Täter konsequent zur Verantwortung ziehen und Gewalt frühzeitig verhindern. Dafür stärken wir konkrete Hilfsangebote, ermöglichen eine sichere Dokumentation von Übergriffen und machen bislang verborgene Gewalt sichtbar.“*

Bundesfrauenministerin Karin Prien:
*„Die Zahlen der Lagebilder zeigen auf alarmierende Art und Weise, wie alltäglich Gewalt gegen Frauen in Deutschland ist. Hinter jeder Zahl steckt unermessliches Leid der Betroffenen. Das darf so nicht bleiben! Mein Ziel: Ein angstfreies Leben, Schutz und Prävention! Jede Frau hat das Recht auf ein Leben ohne Angst und Gewalt. Mit dem Gewalthilfegesetz setzen wir hier an und schaffen gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein starkes, flächendeckendes Netz, das Frauen und ihren Kindern Zugang zu Schutz und Beratung garantiert. Außerdem verfolge ich das Ziel, Gewalt vorzubeugen: Mein Haus plant momentan verschiedene Modellprojekte zur Prävention häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt in den Bereichen Schule und Bildung, Digitales, im Sozialraum und in der Täterarbeit. Das Ziel dabei ist, eine strukturelle Verankerung von Prävention in diesen Handlungsfeldern anzustoßen.“*

*Bundesjustizministerin Stefanie Hubig:*
*"Gewaltschutz gehört in die Mitte von Politik und Gesellschaft. Die Bundeslagebilder zeigen: Gewalt gegen Frauen ist ein Problem in Deutschland. Viel zu oft werden Frauen bedroht, misshandelt, gedemütigt und getötet. Um die Gewalt gegen Frauen in den Griff zu bekommen, setzen*

*wir an vielen Stellen an. Familiengerichte können künftig die elektronische Fußfessel anordnen, mehr Betroffene erhalten psychosoziale Prozessbegleitung, und K.o.-Tropfen-Täter werden härter bestraft. Gewalt gegen Frauen muss ein Ende haben. Dafür braucht es ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um Frauen besser vor Gewalt zu schützen. Und wir brauchen ein Umdenken in der Gesellschaft, die Abkehr von überkommenen Männlichkeitsbildern und patriarchalen Denkmustern."*

**Straftaten gegen Frauen und Mädchen nehmen in allen betrachteten Deliktsbereichen zu**

54.675 Frauen und Mädchen wurden im vergangenen Jahr als Opfer einer **Sexualstraftat** registriert**,** das sind 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr**.** Knapp die Hälfte war zum Tatzeitpunkt minderjährig.

Einen Anstieg gab es auch bei **digitaler Gewalt**: Die Zahl der weiblichen Opfer stieg hier im Vergleich zum Vorjahr um knapp 16 Prozent auf 31.221. In den meisten Fällen wurden sie Opfer von Nötigung, Bedrohung und Stalking. Etwa 30 Prozent der Betroffenen war zum Tatzeitpunkt minderjährig.

Die als **Politisch motivierte Kriminalität** erfassten frauenfeindlichen Straftaten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent: 819 Straftaten wurden gemeldet. In den letzten Jahren sind die Fallzahlen kontinuierlich angestiegen und haben sich seit 2022 insgesamt vervierfacht. Über die Hälfte der in 2025 erfassten Fälle sind Beleidigungen, gefolgt von Propagandadelikten und Volksverhetzungen. Insgesamt wurden 54 frauenfeindliche Gewaltdelikte erfasst, überwiegend Körperverletzungen.

**Häusliche Gewalt: Mehr Betroffene, 292 Menschen getötet**

Die Zahl der polizeilich registrierten Opfer **häuslicher Gewalt** stieg 2025 erneut auf einen Höchststand. 280.129 Menschen waren betroffen, 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Unter häusliche Gewalt fällt sowohl **Partnerschaftsgewalt** mit 179.940 Betroffenen (+2,3 %) als auch **innerfamiliäre Gewalt** mit 100.189 Betroffenen (+3,7 %). Die Opfer häuslicher Gewalt sind mit 70,6 Prozent überwiegend weiblich, bei Partnerschaftsgewalt ist der Anteil weiblicher Opfer mit 79,4 Prozent noch höher. Konkret wurden 2025 mehr als 142.800 Frauen und Mädchen Opfer von Partnerschaftsgewalt, das sind rein rechnerisch mehr als 16 Frauen pro Stunde. Rund drei Viertel der Tatverdächtigen bei häuslicher Gewalt sind männlich.

292 Menschen (2024: 286) starben im vergangenen Jahr an den Folgen häuslicher Gewalt, darunter 209 Frauen und Mädchen. Von den 209 weiblichen Todesopfern wurden 130 durch einen Partner oder Ex-Partner getötet. Da die PKS keine Tatmotivation erfasst, können diese Taten nicht eindeutig als Femizid klassifiziert werden. Das Lagebild „Geschlechtsspezifische gegen Frauen gerichtete Gewalt“ enthält jedoch erstmals eine von einer hierzu eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe entwickelte Definition von Femiziden. Diese soll operationalisiert werden und so perspektivisch eine klare Erfassung des Phänomenbereichs erlauben.

**Hohe Dunkelziffer: Viele Betroffene wenden sich nicht an die Polizei**

Die Lagebilder zeigen nur einen Teil des tatsächlichen Ausmaßes von Gewalt. Die Anfang des Jahres erfolgte erste Veröffentlichung zur Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“ (LeSuBiA) hat verdeutlicht, dass nur ein kleiner Teil der Gewalterfahrungen angezeigt wird. Die Anzeigequote liegt bei den untersuchten Gewaltformen meist unter zehn Prozent. Die Ergebnisse der Studie zeigen zudem, dass lediglich drei Prozent der Frauen sexuelle Übergriffe anzeigen.

Weitere Informationen finden Sie hier:

- Lagebild „Häusliche Gewalt“: www.bka.de/HaeuslicheGewalt2025
- Lagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“: www.bka.de/StraftatengegenFrauen2025
- Dunkelfeldstudie LeSuBiA: www.bka.de/lesubia